

**Uwe Schummer**

(A) Es gibt oftmals eine Kette: von der Förderschule rein in die Werkstatt, und dort kommt man dann nicht mehr raus. Das ist oftmals bei lernbehinderten jungen Menschen der Fall. Es gibt Bausteine, zweijährige Ausbildungsberufe und andere Möglichkeiten, für eine Qualifikation in Unternehmen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Wir wollen Langzeitarbeitslose, aber auch behinderte junge Menschen zusammenführen und dafür sorgen, dass der Ausbildungsort Integrationsunternehmen gestärkt wird.

Ich habe in Plauen in Sachsen ein Integrationshotel besucht, in dem gemeinsam mit einer Rehaeinrichtung solche Ausbildungsgänge angeboten werden. Die arbeiten effizient, sind auf dem ersten Arbeitsmarkt vertreten und schaffen neue Potenziale und Perspektiven für junge Menschen.

In meinem Bundestagsbüro arbeite ich mit einer Rehaeinrichtung aus Berlin zusammen. Ich habe regelmäßig Praktikanten, die psychisch, die seelisch erkrankt sind. Dieses Thema wird im Übrigen durch die Fluchtbewegungen an Bedeutung zunehmen. Oftmals ist es so, dass diese Praktikanten an zwei Tagen exzellent arbeiten und sich hervorragend einsetzen, aber am dritten Tag sagen: Tut mir leid. Heute geht es nicht.

Für ein klassisches Unternehmen ist es natürlich schwierig, das einzuschätzen. Trotzdem müssen wir über Integrationsfirmen Arbeitszeitmodelle und Gesundheitsmodelle entwickeln, mit denen wir das Potenzial an den zwei Tagen nutzen und dann weiter aufbauen und die Menschen nicht in die Werkstatt verschieben. Das ist eine gemeinsame Anstrengung. Integrationsfirmen können modellhaft für die übrige Wirtschaft solche Arbeitszeitsysteme entwickeln.

(B) Daher ist der heutige Tag ein guter Tag für die Inklusion und für die Integrationsfirmen. Es wäre gut gewesen, wenn wir dazu einstimmig ein klares positives Votum gesetzt hätten. Das kann man eigentlich nur unterstützen. Ich bin sicher, dass wir diese produktive Kraft der sozialen Teilhabe, die von den Integrationsfirmen ausgeht, weiter stärken werden und dass wir damit auch einen Punkt setzen, sodass man sagen kann: Gut, dass es diesen Antrag gibt. Gut, dass wir ihn umgesetzt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsidentin Ulla Schmidt:**

Vielen Dank. – Als Nächstes hat die Kollegin Corinna Rüffer, Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

(Uwe Schummer [CDU/CSU]: Sag nichts Falsches!)

**Corinna Rüffer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Herr Schummer, so einfach werde ich es Ihnen jetzt nicht machen.

In den vergangenen mehr als anderthalb Jahren habe ich von dieser Stelle aus oft geschimpft, weil hier behindertenpolitisch viel diskutiert worden ist, im Endeffekt aber nichts dabei herumgekommen ist. Insofern muss ich Ihnen anrechnen, dass wir heute endlich einmal zu einem

(C) Beschluss kommen zu einer in der Tat wichtigen Angelegenheit: Integrationsfirmen zu fördern und eine Perspektive für die nächsten drei Jahre abzusichern.

Frau Tack, wenn Sie hier von „Meilenstein“ reden, dann finde ich das ein Stück weit überhöht – ich komme gleich dazu –, weil dieser Antrag selbstverständlich auch noch Probleme in sich birgt und noch nicht die Lösung ist für die Finanzierung der Integrationsbetriebe und weil die Frage eines inklusiven Arbeitsmarktes – mit Verlaub – eine bedeutendere Frage ist als die Diskussion über 4 500 zusätzliche Plätze in ganz Deutschland.

In absoluten Zahlen gesehen ist es in der Tat so, dass Integrationsfirmen in ihrer Bedeutung überschaubar sind. Es sind bundesweit 800 Integrationsfirmen. Es sind 11 000 Plätze für Menschen mit teilweise schweren Behinderungen, die dort einen sozialversicherungspflichtigen – das ist wichtig – Arbeitsplatz gefunden haben. Die Bedeutung dieser Integrationsfirmen geht aber über den Anschein dieser lediglich 800 Firmen deutlich hinaus. Sie zeigen nämlich, wie es geht. Sie haben über drei Jahrzehnte Erfahrungen mit der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen. Sie machen das nicht erst seit gestern, sondern schon seit mehr als 30 Jahren. Sie stehen im Wettbewerb mit anderen Unternehmen. Sie zeigen, dass Menschen mit Behinderung zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

(D) Die Finanzierung über die Ausgleichsabgabe bleibt in der Tat ein Problem, weil dadurch eine immanente Deckelung geschaffen wird. Jetzt muss ich einige Anmerkungen an Sie richten. Unser Bundesfinanzminister hat zu Beginn der Sommerpause gefordert, die Ausgleichsabgabe zu verdoppeln. Ich habe noch nicht gehört, dass das hier aufgenommen worden ist. Im Gegenteil: Im Petitionsausschuss haben Sie als Regierungskoalition eine Petition abgelehnt, mit der genau das gefordert worden ist. Konkret ging es noch nicht einmal um eine Verdoppelung, sondern um eine Erhöhung. Dazu muss ich sagen, dass das einfach bigott ist. Ich möchte, dass Sie hier und auch im Petitionsausschuss dazu stehen und diese Forderung mittragen; denn das wäre tatsächlich wichtig für die Stabilisierung des Systems der Integrationsfirmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir stellen fest, dass diese Firmen schon längst an die Grenze gekommen sind, was den Ausbau an Plätzen angeht.

Das gilt zum Beispiel für Nordrhein-Westfalen. Herr Schummer, Sie wissen das. Ich glaube, das ist eine Triebfeder für Sie. Ich glaube, dass Sie das mobilisiert hat, was ich Ihnen sehr hoch anrechne. Wir brauchen aber sehr viel mehr inklusive Angebote. Wir brauchen Alternativen. Wir müssen nicht nur Alternativen zum Werkstattplatz schaffen, sondern wir müssen die Werkstätten insgesamt transformieren und zu einem Teil des inklusiven Arbeitsmarktes umgestalten. Das ist doch die Aufgabe. Dazu können Integrationsfirmen einen ganz wichtigen

**Corinna Rüffer**

- (A) Beitrag leisten. Insofern finde ich das Bild vom Lotsenboot ziemlich gelungen, weil es Orientierung bietet, weil es eine Richtung aufzeigt. Weil dieser Antrag – das kann man nicht vom Tisch wischen – in die richtige Richtung geht, werden wir diesem Antrag zustimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

150 Millionen Euro sind, gemessen an der Zahl, die Sie gerade genannt haben – zurzeit 68 Millionen jährlich –, kein Pappentier; das geht in Richtung Verdoppelung. Das ist zwar immer noch zu wenig, aber eine Hausnummer, mit der man arbeiten kann.

Jetzt will ich aber doch etwas Wasser in den Wein gießen, was mir als Mosel-Bewohnerin besonders schwerfällt. Ich verstehe nicht, warum Sie die Hinweise und Vorschläge in den wohlwollenden Stellungnahmen vieler Verbände nicht aufgegriffen haben, so vom Sozialverband Deutschland, vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, von der Bundesarbeitsgemeinschaft Integrationsfirmen, in deren Beirat wir gemeinsam sitzen und über diese Themen intensiv diskutieren. Ich verstehe nicht, warum wir über diese Vorschläge und Hinweise nicht noch einmal diskutiert haben, warum wir nicht nach einer Anhörung versucht haben, diesen Antrag gemeinsam zu verbessern. An verschiedenen Stellen hätten wir Änderungen vornehmen sollen.

- (B) Es geht hier – das muss man sich klarmachen – um eine Anschubfinanzierung, mit der bestimmte Probleme verbunden sind: Die Anschlussfinanzierung ist nicht gesichert, die Öffnung für Langzeitarbeitslose birgt Fragen, auch die Vergabe öffentlicher Aufträge. Aus Zeitmangel – ich habe nicht so viel Redezeit wie Sie – kann ich das leider nicht näher ausführen. Die Bundesregierung – das ist der springende Punkt – spricht ständig von Beteiligung. Immer, wenn es um das Bundesteilhabegesetz geht, immer wenn es um behindertenpolitische Initiativen geht, geht es um Beteiligung. Sie sagen immer: Nichts ohne uns. – Ich frage mich: Warum gilt das nicht auch in diesem Fall? Warum waren wir nicht gemeinsam in der Lage, diesen Antrag an bestimmten Stellen wesentlich zu verbessern?

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

**Vizepräsidentin Ulla Schmidt:**

Vielen Dank. – Jetzt hat der Kollege Dr. Matthias Bartke, SPD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Matthias Bartke (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Mein Wahlkreis ist Hamburg-Altona, und da sind Leuchttürme nie ganz weit weg. Vielleicht finde ich Integrationsbetriebe deshalb so gut; denn Integrationsbetriebe sind auch

Leuchttürme, Leuchttürme der Inklusion auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. (C)

(Beifall bei der SPD)

Genau das ist der Grund, warum wir nicht nur in Norddeutschland Integrationsbetriebe ausbauen wollen. Wir Koalitionsfraktionen wollen Integrationsbetriebe künftig mit 150 Millionen Euro fördern. Das ist viel Geld, Frau Werner. Das ist keine Show.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Warum wollen wir das? Integrationsbetriebe agieren wirtschaftlich. Sie tun das erfolgreich, und sie haben einen klaren sozialen Auftrag. Sie bieten Menschen mit Behinderung einen Arbeitsplatz, aber nicht irgendeinen, sie bieten ihnen einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt; Frau Rüffer hat das eben ausgeführt.

Integrationsbetriebe sind eine wichtige Ergänzung zu den Werkstätten für Menschen mit Behinderung, eine Ergänzung, die für viele genau richtig ist; denn Menschen mit Behinderung sind zuverlässige und motivierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Arbeitslose Menschen mit Behinderung sind häufig gut ausgebildet, haben es aber trotzdem deutlich schwerer, in Arbeit zu kommen, als Nichtbehinderte. Wer gestern beim Parlamentarischen Abend des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes war, weiß, wovon ich spreche. Das war eine sehr eindrucksvolle Veranstaltung.

Menschen mit Behinderung machen einen guten Job. Alles, was sie brauchen, ist häufig nur ein geeigneter Arbeitsplatz. In meiner Heimatstadt Hamburg lief dafür von 2012 bis 2014 das Modellprojekt „Raus aus der Werkstatt, rein in den Betrieb!“ (D)

(Katrin Werner [DIE LINKE]: Genau! Raus aus der Werkstatt!)

– Ja, ist ja richtig. – Dabei wurden dauerhafte Lohnsubventionierung, Prämien für Arbeitgeber und berufliche Assistenzleistungen gestellt. Das Projekt hat große Wirkung gezeigt: Über 100 Menschen mit Behinderung haben auf diesem Weg einen Arbeitsplatz in einem Integrationsbetrieb bekommen. In diesem Jahr hat der Hamburger Senat das Modellprojekt in eine Regelförderung überführt. Das Projekt zeigt uns erneut, welche Möglichkeiten wir durch gezielte Förderung auf tun können.

Seit Jahren wird in Integrationsbetrieben Teilhabe am Arbeitsmarkt und Inklusion schon gelebt – ein echtes Vorbild. Die UNBehindertenrechtskonvention gibt uns den Anreiz, dieses Vorbild voranzutreiben. Mit der UN-Konvention geben wir uns aber auch den Anspruch, den Integrationsbetrieben einen neuen Namen zu geben. Was sie leisten, ist Inklusion, und deswegen sollen sie auch so heißen: Inklusionsbetriebe.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit den veranschlagten 150 Millionen Euro können wir bis zu 4 500 neue Arbeitsplätze in Integrationsbetrieben schaffen, 4 500 neue Arbeitsplätze für echte Inklusi-